

Anfrage - Nr. StVV - AF 41/2022 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.09.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen (U-Untersuchungen) (GRÜNE PP)

Im Jahr 2007 hat Bremen das Gesetz zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz der Kindesvernachlässigung (KIWG) verabschiedet. Das Gesundheitsamt Bremen hat, im Rahmen der Gesetzgebung, die Einladende Stelle Früherkennung und Frühberatung für Bremen und Bremerhaven eingerichtet. Diese Stelle versendet an alle Mütter und Väter in Bremen und Bremerhaven Einladungsschreiben, die zur Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen für die Kinder auffordern.

Von der Gesetzgebung erfasst sind die Früherkennungsuntersuchungen U4 bis U9.

Für Kinder, die trotz Erinnerung und ohne nachvollziehbare Gründe eine Früherkennungsuntersuchung versäumt haben, soll eine Untersuchung im häuslichen Bereich angeboten werden.

Wir fragen den Magistrat

1. Wie viele Mütter und Väter sind 2019 (vor Ausbruch der Corona-Pandemie) in Bremerhaven durch die Einladende Stelle Früherkennung und Frühberatung angeschrieben und zur Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen aufgefordert worden? (Bitte getrennt nach den Untersuchungen U4 bis U9 aufführen)
2. Wie viele Kinder haben 2019 in Bremerhaven an den Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen? (Bitte getrennt nach den Untersuchungen U4 bis U9 aufführen)
3. Wie viele Mütter und Väter sind 2021 (während der Corona Pandemie) in Bremerhaven durch die Einladende Stelle Früherkennung und Frühberatung angeschrieben und zur Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen U4-U9 aufgefordert worden? (Bitte getrennt nach den Untersuchungen U4 bis U9 aufführen)
4. Wie viele Kinder haben 2021 in Bremerhaven an den Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen? (Bitte getrennt nach den Untersuchungen U4 bis U9 aufführen)

5. Werden, wie im KIWG vorgesehen, Untersuchungen im häuslichen Bereich angeboten, um sich vom Wohl der Kinder zu überzeugen, wenn keine Teilnahme an den U-Untersuchungen erfolgt ist?

Wenn Nein: Warum nicht?

6. Wie viele Anträge auf Entziehung der Gesundheitssorge, aufgrund fehlender U-Untersuchungen, sind vom Jugendamt zwischen 2016 und 2022 beim Amtsgericht gestellt worden?

Julia Stephan-Titze und Petra Coordes
und Fraktion DIE GRÜNEN PP